Artikel vom 19.01.2022 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 19:14 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/wer-zu-frueh-kommt

Wer zu früh kommt ...



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Die neue Regierung will unbedingt die erneuerbaren Energien ausbauen. Das ist Fakt. Vor allem Windkraft und Solarenergie sollen die Klimabilanz aufwerten. Wie schon einmal wittern Investoren ein Geschäft und versuchen, sich gerade die lukrativsten Standorte zu sichern. Zum Vorteil der Menschen vor Ort ist das nicht immer.

Studiert man in den Fachzeitschriften die Kleinanzeigen, fallen einem immer wieder Anzeigen auf, die lukrative Renditen versprechen. „Lieber Porsche als Golf“ habe ich schon gelesen. Manchmal kommen die Inserenten gleich zur Sache: „Flächen für Solar gesucht“. Spätestens seit der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vorliegt, ist die Sache klar: Sie will die erneuerbaren Energien mit allen Mitteln puschen. Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck hat das vergangene Woche noch einmal hervorgehoben, als er seine erste Klimabilanz vorgelegt hat. Bis 2030 will er den Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromversorgung auf 80 % erhöhen. Das ist schon sehr sportlich, da damit nahezu eine Verdopplung innerhalb von acht Jahren erreicht werden müsste. In Wahrheit ist die Herausforderung noch größer, denn Habecks Kalkulation geht von den derzeitigen Bedarfen aus. Steigende Bedarfe, weil gleichzeitig mehr Strom für die Erzeugung von Wasserstoff oder den Einsatz von mehr Wärmepumpen benötigt wird, sind da gar nicht eingerechnet.

Die Mammutaufgabe will die Koalition vordringlich mit Windkraft und Solarenergie stemmen. 2 % der Landfläche sollen dafür bereitgestellt werden, führt der Koalitionsvertrag aus. Bisher kommen nur Schleswig-Holstein und Hessen annähernd an diesen Zielwert. NRW ist davon weit entfernt. Generell besteht also Aufholbedarf, wie auch der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch darlegt. Der lag in NRW trotz Anstieg der Erzeugung im vergangenen Jahr bei gerade 5,8 %. Den Zubau beschleunigen sollen mehr Solarmodule entlang von Bundesfernstraßen, auf Industriebrachen oder den Dächern privater Wohnhäuser und gewerblicher Gebäude. Reichen wird das nicht. Deswegen werden auch Freiflächenanlagen wieder salonfähig. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass künftig mehr solcher Anlagen das Landschaftsbild bestimmen. Welche Standorte dafür infrage kommen, lässt sich in NRW leicht nachvollziehen. Die Landesregierung hat einen Solaratlas aufgelegt, aus dem sich ablesen lässt, wo mit einer rentablen Stromausbeute zu rechnen ist. Ausgeschlossen ist nach aktuellem Stand in NRW aber, dass Solaranlagen Gunststandorte der landwirtschaftlichen Nutzung entziehen. Im Fokus stehen benachteiligte Gebiete, also vorrangig Flächen in der Eifel und im Bergischen. Dort sind längst Investoren unterwegs, um sich mit dem Versprechen hoher Pachtzahlungen die besten Stücke zu sichern. 2 000 € je Hektar klingen verlockend, 3 000 oder 4 000 € erst recht. Da kann man als Landeigentümer schon nervös werden, wenn man bedrängt wird, dass der Zug bald abgefahren sei.

Nein, er ist definitiv noch nicht abgefahren! Und wer später kommt, den bestrafen weder das Leben noch die Vorhaben der Bundesregierung. Eher im Gegenteil muss der befürchten, eins auf die Nase zu bekommen, der zu früh und unüberlegt einsteigt. Einmal, weil das meiste Geld sowieso in den Taschen der Investoren landet. Zum anderen, weil Instrumente und Zahlungsmodelle noch ausgearbeitet und abgestimmt werden müssen, mit denen die Bundesregierung die Wind- oder Solarkraft wird fördern müssen. Das kann noch dauern, auch wenn Habeck schon für Ostern erste konkrete Pläne angekündigt hat. Es muss also nichts überstützt werden, schon gar nicht, wenn Projektierer drängeln, doch endlich zu unterschreiben. Jenseits von Habecks Zielen sind nämlich noch andere Fragen zu klären, die bei übereiltem Aktionismus später Kopfschmerzen bereiten können. Dazu gehören baurechtliche Aspekte genauso wie steuerliche, wenn man die Sache selbst durchziehen will. Dazu gehört auch die Frage, nach welchen alternativen Modellen

Betroffene künftig an den Erlösen beteiligt werden, wenn man sich einem Projektierer ausliefert.

Wenn ich von Betroffenen spreche, meine ich aber nicht nur die, denen die Fläche gehört oder die sie bewirtschaften. Ich meine genauso Anwohner und Kommunen. Warum die schon vor Jahren ausgerufene Energiewende nahezu auf der Stelle tritt, hängt auch am Widerstand in der Bevölkerung gegen alles, was sie vor die Nase gesetzt bekommt und was augenscheinlich nur Nachteile hat. Wo Bürger und Gemeinden aber Nutznießer eines weiteren Zubaus bei der Windkraft und bei Freiflächensolaranlagen sind, kann aus Widerstand Unterstützung werden. Statt dass Investoren von irgendwoher die Sahne abschöpfen, bleibt die Wertschöpfung doch besser vor Ort. Das zahlt sich finanziell aus und das stärkt das Zusammenleben und die gegenseitige Anerkennung.